

Politiker fordern: Erst IGS-Neubau in Linden, dann Gymnasium in Bemerode



Linden-Mitte. Noch zehn Jahre könnten vergehen, bis mit einem Neubau für die IGS Linden begonnen wird. Das dauert dem Bezirksrat Linden-Limmer viel zu lange. Darum hat das Gremium jetzt gefordert, im städtischen Haushalt deutlich früher Geld für den Baustart bereitzustellen. Schon im Etatplan für die kommenden beiden Jahre wollen die Stadtteilpolitiker Baukosten verankert sehen – in welcher Höhe lassen sie allerdings offen. Denn bisher gibt es weder verlässliche Planungen für ein neues IGS-Gebäude noch eine Entscheidung für einen Standort. Konkrete Vorstellungen, wie ein IGS-Neubau finanziert werden könnte, hat der Bezirksrat aber bereits: Der Bau des geplanten 18. Gymnasiums, das die Stadt bis zum Sommer 2025 in Bemerode errichten lassen will, soll verschoben werden.

Dauerthema in Linden

Der Neubau für die baulich marode IGS ist ein Dauerthema in Linden. Nach jahrelangen Protesten von Schülern, Eltern und Lehrern sowie politischer Rückendeckung des Bezirkrats hatte im Februar schließlich auch der Rat der Stadt auf Initiative des dortigen Ampelbündnisses dem Projekt zugestimmt – jedoch mit einer langen Perspektive. Ein Baustart ist erst 2030 vorgesehen. Bis dahin soll noch viel Geld für die dringend notwendige Sanierung der Bestandsgebäude ausgegeben werden: Allein gut 8,6 Millionen Euro sind es in den kommenden beiden Jahren.

„Zügiger Neubau spart Kosten“

Das findet Steffen Mallast, Fraktionschef der Grünen im Bezirksrat, wenig sinnvoll: „Ein zügiger Neubau spart langfristig Kosten und ist nachhaltiger als Investitionen in eine Übergangslösung.“ Mallast hat den bei einer Enthaltung verabschiedeten Änderungsantrag zum städtischen Haushalt 2021/2022 vorbereitet. Laut Antragstext sollen in

den nächsten beiden Jahren nicht nur Planungskosten, sondern auch schon Geld für den Baubeginn der IGS eingesetzt werden. Derzeit sei noch nicht einmal ein fester Betrag für die Planungen im Etat zu finden, kritisiert Mallast. Dass vor diesem Hintergrund bereits eine bestimmte Bausumme gewährt wird, hält er selbst für unwahrscheinlich. Man habe die Forderung dennoch frühzeitig verankern wollen. „So besteht haushaltsrechtlich die Möglichkeit, die Mittel in die Jahre 2023/2024 zu übertragen“, erklärt er. Offenbar haben die grünen Stadtteilpolitiker auch die Kommunalwahl im September 2021 im Blick, nach der es möglicherweise andere Mehrheiten geben könnte.

Fünf Standortvarianten im Gespräch

Vor dem Hintergrund der langen Wartezeit auf die Lindener IGS hält Mallast es für legitim, den Bau des 18. Gymnasiums auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. Ein IGS-Baustart in spätestens vier Jahren scheint ihm machbar. Er sieht nun vor allem die Stadtverwaltung in der Pflicht, die bis Ende 2020 das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie zum künftigen IGS-Standort vorlegen wollte – dies soll nun im Laufe des Januar 2021 geschehen. Im Gespräch sind fünf Varianten; die Vertreter der Schule und auch die Grünen favorisieren eine Lösung auf dem derzeitigen Gelände mit Erweiterung in den Von-Alten-Garten hinein. Erst wenn der Standort feststehe, ließen sich auch die weiteren Planungen und Kosten konkretisieren, gibt Mallast zu bedenken. Laut Stadt muss für den IGS-Neubau ein hoher zweistelliger Millionenbetrag veranschlagt werden. Der Neubau der IGS Mühlentberg, der 2017 fertig wurde, hatte 63 Millionen Euro gekostet. Eine genaue Kostenplanung für das 18. Gymnasium gibt es nach Auskunft der Verwaltung noch nicht. Allerdings sei aufgrund von Erfahrungen mit vergleichbaren Bauprojekten eine Größenordnung von rund 80 Millionen Euro nicht unwahrscheinlich.

Von Juliane Kaune

